

NIEDERSCHRIFT
der Sitzung der staatlichen Deputation für Inneres
am Freitag, 27. Mai 2016
Bremische Bürgerschaft, Börsenhof A, Raum 416
28195 Bremen
- 13. Sitzung in der 19. Legislaturperiode -

Staatliche Deputation für Inneres

1. Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen genehmigt.

2. Genehmigung der Niederschrift der Deputationssitzung staatlich am 12.05.16.

Beschluss:

Die Niederschrift wird ohne Änderungen genehmigt.

3. Kriminalitätslage im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration

Beschluss:

Die staatliche Deputation nimmt den Bericht zur Kenntnis.

4. Bericht über die Umsetzung der Gesetzesnovellierung des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes (BreMIFG)

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Bericht über die Umsetzung der Gesetzesnovellierung des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes zur Kenntnis. Eine erneute aktuelle Befassung ist im November 2016 vorgesehen.

5. Maßnahmenbericht Haushaltssicherung

Der Maßnahmenbericht wird erörtert. Es ergeht die fraktionsübergreifende Protokollnotiz, dass dem Teilbericht zur Fahndungspauschale widersprochen wird. Der Einspareffekt wird demnach durch den Mehraufwand zur sachlich und rechnerisch richtigen Erfassung und zur Vornahme der Auszahlungsverfügung im Kassenwesen letztlich wieder aufgezehrt.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Bericht unter Hinweis auf die Protokollnotiz zur Kenntnis.

6. Zentrale/r Datenschutzbeauftragte/r für das Ressort Inneres in der senatorischen Dienststelle

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Inneres stimmt den Beschlussvorschlägen zu.

7. Folgen des Verfahrens Sozialleistungsbetrug BHV

Die Tischvorlage (abzurufen unter: www.inneres.bremene.de) wird durch den Leiter der Ortspolizeibehörde vorgestellt. Die Wirkung der Ermittlungsarbeit auf die Ressourcen bei der Ortspolizeibehörde wurde dargestellt.

Beschluss:

Es ergeht die erneute Berichtsbitte zur Sitzung am 11. August um einen aktualisierten Sachstand vorzutragen.

8. Achte Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung für die innere Verwaltung (InKostV) hier: Änderungen im Melde- und Personenstandswesen

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Inneres stimmt der Vorlage mehrheitlich gegen die Stimmen der LINKEN und Enthaltung der CDU und FDP zu.

9. Offene Beratungspunkte

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Inneres nimmt die Vorlage im Sinne der zuvor gefassten Beschlüsse zur Kenntnis.

10. Verschiedenes

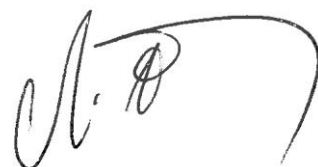
./.

Beschluss:

./.



Hinners
- Vorsitzender -



Roth
- Protokollführer -

